

Dr. Schlegelberger,
Franz

Jahrgang

bis

vom

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr. 2914

1RR(RSHA) X 211/65



Günther Nickel
Berlin SO 36

Psch 190

MILITÄRGERICHTSHOF NO. III, (Fall-3)
NÜRNBERG, DEUTSCHLAND, 4. Dezember 1947,
Sitzung von 9.30-12.30 Uhr.

Auszug aus dem Urteil vom 4. 12. 1947

GERICHTSMARSHALL: Der Hohe Gerichtshof des Militärgerichtes III.

Der Gerichtshof tagt nunmehr.

Gott schütze die Vereinigten Staaten von Amerika und diesen Hohen Gerichtshof.

Ich ersuche um Ruhe und Ordnung im Gerichtssaal.

VORSITZENDER: Herr Gerichtsmarschall, wollen Sie sich vergewissern, ob alle Angeklagten anwesend sind?

GERICHTSMARSHALL: Herr Vorsitzender, alle Angeklagten sind im Gerichtssaal anwesend, mit Ausnahme von Schlegelberger und Klemm, die krankheits halber fehlen.

VORSITZENDER: Wünscht der Verteidiger des Angeklagten Schlegelberger, dass dieser vom Gerichtshof von der Anwesenheit heute entschuldigt wird?

DR. GRUBE: (Für Dr. Kubuschok, Vert. des Angekl. Schlegelberger).

Ich bitte um Entschuldigung für Dr. Schlegelberger.

VORSITZENDER: Schlegelberger wird entschuldigt.- Wird das gleiche Ersuchen für den Angeklagten Klemm gestellt?

DR. SCHILF: Jawohl.

VORSITZENDER: Dr. Schilf zeigt an, dass das gleiche Ersuchen für den Angeklagten Klemm gestellt wird. - Beide Angeklagte werden für heute entschuldigt. Im Protokoll möge der entsprechende Vermerk vorgenommen werden.

Judge Blair wird mit der Verlesung der Urteilsbegründung des Gerichtshofes fortsetzen.

JUDGE BLAIR: DER ANGEKLAGTE SCHLEGELBERGER

Der Angeklagte Franz Schlegelberger ist am 23. Oktober 1875 in Königsberg geboren. 1899 promovierte er an der Universität Leipzig zum Doktor der Rechte und legte im Jahre 1901 die grosse juristische Staatsprüfung ab. Er schrieb verschiedene rechtswissenschaftliche Werke. Er wurde zuerst Gerichtsassessor beim Amtsgericht Königsberg. 1904 wurde er Landrichter in Lyck. 1908 wurde er an das Landgericht in Berlin versetzt und wurde im Herbst des gleichen Jahres als Hilfsrichter zum Kammergericht in Berlin einberufen.

1914 wurde er zum Kammergerichtsrat in Berlin ernannt, wo er bis 1918 blieb. Während des ersten Weltkrieges, am 1. April 1918, wurde er Hilfsarbeiter im Reichsjustizamt. Am 1. Oktober 1918 wurde er zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat ernannt, 1927 erfolgte seine Ernennung zum Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium. Am 10. Oktober 1931 wurde er zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium unter Justizminister Guertner ernannt und behielt diese Stellung bis zu Guertners Tod. Bei Guertners Tod am 29. Januar 1941 wurde Schlegelberger als geschäftsführender Staatssekretär mit der Leitung des Reichsjustizministeriums betraut. Als Thierack am 20. August 1942 zum Justizminister ernannt wurde, schied Schlegelberger aus dem Ministerium aus.

1938 befahl Hitler, Schlegelberger, der Partei beizutreten. Schlegelberger sagte aus, dass er sich der Partei nicht bediente, dass er nie eine Parteiversammlung besuchte, dass niemand aus seiner Familie der Partei angehörte und dass Parteieinstellungen seine Stellung oft schwierig machten. Nach seinem Ausscheiden als geschäftsführender Justizminister am 20. August 1942 erhielt Schlegelberger einen Anerkennungsbrief Hitlers und hunderttausend Mark als Dotation.

Später, im Jahre 1944, gewährte Hitler Schlegelberger das besondere Privileg, diese hunderttausend Mark zum Ankauf eines Gutes zu verwenden, das nach den damals geltenden Bestimmungen nur von einem landwirtschaftlichen Fachmann hätte gekauft werden können. Schlegelberger sagt, dass die hunderttausend Mark beim Zusammenbruch auf seinem Konto bei einer Berliner Bank hinterlegt waren. Daraus ist zu erschen, dass Hitler und Schlegelberger doch nicht so viel gegeneinander einzuwenden hatten. Diese Transaktionen zeigen auch, dass Hitler zum mindesten den Versuch gemacht hat, Schlegelberger fuer die geleisteten wertvollen und treuen Dienste zu belohnen, bei deren Durchfuehrung Schlegelberger in einigen faellen Kriegsverbrechen und auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit beging, wie ihm in der Anklageschrift vorgeworfen wird. Wir haben bereits auf seine Rede in der Universitaet Rostock vom 10. Maerz 1938 verwiesen, mit dem Thema "Ein Volk erlebt sein Recht". In dieser Rede erklarte Schlegelberger:

"Auf den Gebieten des Strafrechts ist die Bahn zur Rechts-schoepfung; die der sittlichen Auffassung des neuen Reiches entspricht, freigemacht, durch die Neufassung des Paragraphen 2 des Strafgesetzbuches, wonach nunmehr auch der zu bestrafen ist, dessen Tat zwar im Gesetz nicht fuer strafbar erklart ist, aber nach dem Grundgedanken des Strafgesetzes und gesundem Volksempfindens Bestrafung verdient. Die Notwendigkeit dieser neuen Vorschrift ergab sich aus der Starrheit der bis dahin geltenden gegenteiligen Norm."

Paragraph 2 blieb in dieser Fassung bis zur Ausserkraftsetzung durch K.R.Ges.Nr. 11 in Kraft.

Der Begriff, "gesundes Volksempfinden", wie er in dem neugefassten Paragraphen 2, verwendet ist, war Gegenstand vieler Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten, sowohl bezueglich der richtigen Uebersetzung als auch der Auslegung. Wir sind der Ansicht, dass das Statut keinen objektiven Masstab liefert "an dem das gesunde Volksempfinden gemessen werden kann." Tatsaechlich und in der Anwendung wurde dieser Ausdruck zum "gesunden Empfinden" Hitlers und seiner Mitverschworenen.

Was bezueglich der Neufassung des Paragraphen 2 des Strafgesetzbuches gesagt wurde, gilt gleicherweise fuer den durch Hitlers Gesetz vom 28. Juni 1935 geaenderten Paragraphen 170 A, welches Gesetz auch von Minister Gartner unterzeichnet ist und bestimmt:

"Ist eine Tat, die nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient, im Gesetz nicht fuer strafbar erklart, so hat die Staatsanwaltschaft zu pruefen, ob auf die Tat der Grundgedanke des Strafgesetzes zutrifft und ob durch entsprechende Anwendung dieses Strafgesetzes der Gerechtigkeit zum Siege verholfen werden kann." (RGBl. 1935, Teil I, Seite 844).

Diese neue Auffassung des Strafrechts bedeutete einen entscheidenden Eingriff in die Rechte des einzelnen Staatsbuurgers, weil es ihn der willkuerlichen Ansicht des Richters darueber unterwarf, was ein Verbrechen sei. Sie zerstorte das Gefuehl der Rechtssicherheit und schuf eine Atmosphaere des Terrors. Der Analogiegrundsatz bei der Behandlung von Verbrechen stellt ein brauchbares Instrument dar, zur Durchsetzung der nazistischen Grundsatzecin den besetzten Gebieten. Deshalb wurde das Deutsche Strafrecht in den eingegliederten und auch in den nicht eingegliederten Gebieten eingefuehrt, und dann wurde das Deutsche Strafrecht von deutschen Gerichten in Gerichtsverfahren gegen Bewohner der besetzten Laender angewandt, obwohl

die Bewohner dieser Länder gar keinen Begriff haben konnten von den Taten, die strafbare Vergehen darstellten.

Weiter oben in dieser Urteilsbegründung haben wir wiederholt auf Handlungen des Angeklagten Schlegelberger verwiesen. Eine Wiederholung wäre zwecklos. Zusammenfassend können wir sagen, dass Schlegelberger Hitlers Anmassung bei der Machtergreifung unterstützte, über Leben und Tod zu entscheiden, unter Missachtung selbst des Scheines eines Gerichtsvorgangs. Durch seine Ermahnungen und Anweisungen trug Schlegelberger zur Zerstörung der richterlichen Unabhängigkeit bei. Seine Unterschrift unter dem Erlass vom 7. Februar 1942 buerdete dem Justizministerium und den Gerichten die Verfolgung, Verhandlung und Verfügung über die Opfer von Hitlers Nacht- und Nebelerlass auf. Dafür muss er in erster Linie die Verantwortung tragen.

Er war der Einrichtung und Unterstützung von Verfahren zu einer grossangelegten Verfolgung von Juden und Polen schuldig. Seine Gedanken über die Juden waren weniger brutal als die seiner Kollegen. Aber man kann sie kaum als menschlich bezeichnen. Als das Problem der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" zur Erörterung stand, ergab sich die Frage, was mit den Halbjuden geschehen solle. Die Verschleppung von Volljuden nach dem Osten war damals in ganz Deutschland in vollem Gange. Schlegelberger wollte dieses System nicht auf Halbjuden ausdehnen. Deshalb schlug er Reichsminister Lammel in einem Geheimbrief vom 5. April 1942 vor:

"Die Massnahmen fuer Endloesung der Judenfrage sollten sich daher nur auf die Volljuden und juedischen Mischlinge ersten Grades erstrecken, gegenueber Mischlingen zweiten Grades aber ausnahmsweise ausser Betracht bleiben." (Anmerkung des Herausgebers: Mischlinge ersten Grades wahrscheinlich mit zwei nichtarischen Grosseltern, und zweiten Grades mit nur einem nichtarischen Grosselternanteil).

Ende des Zitats. Und nun weiter:

"Wegen der Behandlung der juedischen Mischlinge ersten Grades schliesse ich mich der vom Reichsminister des Innern in seinem Schreiben vom 16. Februar 1942 vertretenen Auffassung an, dass naemlich die Verhinderung der Fortpflanzung dieser Mischlinge ihrer Gleichschaltung mit den Volljuden und der hiermit verbundenen Abschiebung vorzuziehen ist. Dem wurde es entsprechen, dass die Abschiebung vorzuziehen ist. Dem wurde es entsprechen, dass die Abschiebung bei denjenigen Halbjuden von vorne herein ausscheidet, die nicht mehr fortpflanzungsfahig sind. Ein volkisches Interesse an der Loesung der Ehe zwischen einem solchen Halbjuden und einem Deutschbluetigen besteht nicht.

Den fortpflanzungsfähigen Halbjuden sollte die Wahl gelassen werden, sich der Unfruchtbarmachung zu unterziehen, oder in gleicher Weise wie Juden abgeschoben zu werden."

Schlegelberger wusste um die schwebenden Verfahren zur Abschiebung von Juden und billigte sie stillschweigend. Für Halbjuden hatte er nur den Vorschlag, dass man ihnen freie Wahl liess, zwischen zwei gleichermassen schrecklichen Ausblicken. Am 17. April 1941 schrieb Schlegelberger folgendes an Lammers:

"Nachdem ich von der Willensäusserung des Führers Kenntnis erhalten hatte, dass die Polen (und wohl auch die Juden), auf strafrechtlichem Gebiete grundsätzlich anders wie die Deutschen zu behandeln sind, habe ich nach vorbereitenden Besprechungen mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwalten der eingegliederten Ostgebiete und der ehemaligen freien Stadt Danzig den beiliegenden Entwurf vorbereitet."

Der Entwurf über eine vorgeschlagene Verordnung "über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten" wurde diesem Brief beigelegt und liegt als Beweismaterial vor. Ein Vergleich des Wortlautes mit dem Wortlaut der beruechtigten Polen- und Judenstrafrechtsverordnung vom 4. Dezember 1941 zeigt, ohne Frage, dass Schlegelbergers Entwurf die Grundlage bildete, auf der nach verschiedenen Abänderungen und Ergänzungen die Polen- und Judenstrafrechtsverordnung erlassen wurde. In dieser Hinsicht war er nicht nur der Teilnahme an der rassistischen Verfolgung von Polen und Juden schuldig; er war auch einer Verletzung der Kriegsgesetze und Kriegsgebrauche schuldig, indem er jene Gesetzgebung in den besetzten Gebieten einfuhrte. Die Ausdehnung dieser Art von Gesetzgebung auf besetzte Gebiete stellte eine direkte Verletzung der durch die Haager Konvention auferlegten Beschränkungen dar, die wir frueher angefuert haben.

Es ist interessant zu bemerken, dass Schlegelberger am 31. Januar 1942 einen Erlass herausgab, der vorsah, dass die Bestimmungen der Polen- und Judenstrafrechtsverordnung "mit Zustimmung des Staatsanwaltes auf Vorgehen Anwendung finden, die vor Inkrafttreten der Verordnung begangen wurden." Wir zweifeln, dass der Angeklagte behaupten will, die Ausdehnung dieses diskriminierenden und ruckwirkenden Gesetzes auf das besetzte Gebiet habe sich auf militaerische Erfordernisse gestuetzt.

Schlegelberger schied Neigung und Verhalten. Er missbilligte die "Revision von Urteilen" durch die Polizei, aber er persönlich ordnete die Ermordung des Juden Luftgas auf Verlangen Hitlers an und versicherte dem Fuehrer, dass er persönlich eingreifen werde, wenn der Fuehrer ihm andere Urteile nennen werde, die er missbilligte.

Auf Schlegelbergers Haltung gegenueber den Grueseltaten der Polizei muss man aus seinem Verhalten schliessen. Der Melker Bloodling wurde im Oktober 1940 zum Tode verurteilt. Waehrend der Verhandlung bestand er darauf, dass sein angebliches Gestaendnis durch Schlaege seitens des Polizeibeamten Klinzmann herausgelockt worden sei. Ein mutiger Richter fuhrte ein Verfahren gegen Klinzmann durch, und ueberfuhrte ihn der Bruta. und verurteilte ihn zu ein paar Monaten Gefaengnis.

Himmeler protestierte gegen das Urteil gegen Klinzmann und stellte fest, dass er jedenfalls "die Handlungsweise des Hauptwachmeisters der Schutzpolizei Klinzmann zum Anlass nehmen werde, ihm fuer sein umsichtiges und der Allgemeinheit nur nuetzliches Verhalten seine Anerkennung auszusprechen."

Er sagte weiter:

"Ausserdem muss ich seine Tat belohnen, um nicht die Dienstfreudigkeit in der Polizei durch derartige Urteile einschuechtern zu lassen. Schliesslich aber muss K., dessen gerichtliche Verurteilung der Oeffentlichkeit bekannt ist, auch nach aussen hin sichtbar rehabilitiert werden."

Am 10. Dezember 1941 schrieb Schlegelberger an den Chef der Reichskanzlei und erklaerte, dass ihm das gegen Klinzmann ausgesprochene Urteil unversaendlich sei. Wir zitieren:

"Schon alsbald, nachdem das gegen Klinzmann ergangene Urteil mir bekannt geworden war, ist deshalb angeordnet worden, dass das Urteil, falls es rechtskraeftig wurde, einstweilen nicht zu vollstrecken, sondern alsbald zur Gnadenfrage zu berichten sei. Inzwischen hat nun das Urteil gegen Klinzmann durch Beschluss des Reichsgerichtes vom 24. November 1941, durch den die Revision als offensichtlich unbegruendet verworfen worden ist, Rechtskraft erlangt. Unter Ruecksichtnahme auf Ihre Stellungnahme zu dem Urteil habe ich, sehr verehrter Herr Reichsminister, nunmehr im Gnadenwege den Erlass der Strafe und der Kosten des Verfahrens, sowie die Tilgung des Strafvermerks im Strafregister angeordnet."

Am 24. Dezember 1941 schrieb Schlegelberger an Lammers, dass er das Verfahren niedergeschlagen habe. Im Februar 1942 gab Himmeler in einem Brief ausdrueck-

lich seiner Anerkennung fuer die Bemuehungen zur Niederschlagung des Ver-
fahrens gegen Klinzmann Ausdruck und erklarte, dass er ihn in der Zwischen-
zeit zum Stadtpolizeimeister befoerdert habe.

Schlegelberger fuehrt eine interessante Verteidigung, die zu einem gewis-
sen Grade alle Angeklagten fuer sich in Anspruch nehmen. Er versichert, dass
die Justizverwaltung dauernden Angriffen von seiten Himmlers und anderer Ver-
fechter des Polizeistaates ausgesetzt war. Dies trifft zu. Er behauptet,
dass, wenn die gesetzlosen Kraefte unter Hitler und Himmler die Funktionen
der Justizverwaltung an sich gerissen haetten, der Zustand im Volk schlimmer
gewesen waere, als er so war. Er fuerchtete, dass bei seinem Ausscheiden ein
Schlimmerer seine Stelle einnehmen wuerde. Wie die Ereignisse beweisen, ist
auch in dieser Behauptung viel Wahrheit enthalten. Unter Thierack hat die
Polizei die Funktionen der Justizverwaltung an sich gerissen und ungezaehlt
Tausende von Juden und politischen Gefangenen ermordet. Diese einleuchtend
klingende Behauptung der Verteidigung haelt, wenn naeher betrachtet, wider
der Wahrheit, noch der Logik oder den Umstaenden stand.

Das Beweismaterial ergibt schliessig, dass, um das Justizministerium bei
Hitler in Gnaden zu erhalten und um seine voellige Unterwerfung unter Himmler
Polizei zu verhindern, Schlegelberger und die anderen Angeklagten, die diese
Rechtfertigung fuer sich in Anspruch nehmen, die schmutzige Arbeit ueber-
nahmen, die die Staatsfuhrer forderten und das Justizministerium als ein
"Werkzeug zur Vernichtung der juedischen und polnischen Bevoelkerung, zur
Terrorisierung der Einwohner der besetzten Gebiete und zur Ausrottung des
politischen Widerstandes im Inland benutzten. Dass ihr Programm einer ras-
sischen Vernichtung unter dem Deckmantel des Rechts nicht die Ausmasse
annahm, die durch die Pogrome, Verschleppung und Massenmorde durch die Po-
lizei erreicht wurden, ist ein schwacher Trost fuer diejenigen, die dieses
"Rechts"-Verfahren ueberlebten und eine fadenscheinige Entschuldigung vor
diesem Gerichtshof. Die Preisgabe des Rechtssystems eines Staates zur Er-
reichung verbrecherischer Ziele untergraebt diese mehr als ausgesprochene
Grauelthaten, welche den Talar des Richters nicht besudeln.

Schlegelberger schied aus. Die Grauelthaten des Systems, zu dessen Ent-

4. Dez. - ~~M. Schm.~~ - 6. Reitler
Militärgerichtshof No. III

wicklung er geholfen hatte, wurden zu viel fuer ihn, aber er schied zu spaet aus. Der Schaden war angerichtet. Wenn die Justiz Tausende hinschlachten konnte, warum sollte die Polizei dann nicht Zehntausende hinschlachten? Die Folgen, die Schlegelberger gefuerchtet hatte, traten wirklich ein. Die Polizei, von Thierack unterstuetzt, blieb Sieger. Schlegelberger hatte versagt. Seine zogernden Ungerechtigkeiten befriedigten die dringenden Forderungen der Stunde nicht mehr. Er zog sich unter Feuer zurueck. Trotz allem, was er getan hatte, behielt er noch immer den unverdienten Ruf des letzten deutschen Juristen und so gab Hitler ihm seinen Segen und Hunderttausend Mark als Abschiedsgeschenk. Wir geben uns keiner falschen Auffassung hin. Schlegelberger ist eine tragische Gestalt. Er liebte das Geistesleben, die Arbeit des Gelehrten. Wir glauben, er verabscheute das Boose, das er tat, aber er verkaufte diesen Intellekt und dieses Gelehrtentum an Hitler fuer ein politisches Linsengericht und fuer die eitle Hoffnung personlicher Sicherheit. Er ist nach Anklagepunkt 2 und 3 schuldig.

4. Dez. - A. L. - 4. Reitler
Militärgerichtshof Nr. III

DR. KUBUSCHOK: Jawohl.

VORS.: Der Gerichtshof wird nunmehr den in diesem Prozess fuer schuldig befundenen Angeklagten die Strafen auferlegen.

Dieser Gerichtshof hat den Angeklagten Franz Schlegelberger auf Grund der Anklagepunkte 2 und 3 der Anklageschrift dieses Verfahrens fuer schuldig befunden. Fuer die Verbrechen, deren er ueberfuehrt wurde, verurteilt ihn dieser Gerichtshof zu lebenslaenglichem Gefaengnis.

V.

1. Vermerk

Dr. Schlegelberger war Staatssekretär im RJM und schied am 20.8.42 als Thierack dieses Amt übernahm aus. Im RSHA ist er ~~nicht~~ ^{nicht} tätig gewesen. Im Nürnberger-Juristen-Prozess, Fall 3, wurde er am 4.12.47 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, aber später wegen Krankheit entlassen. Er ist Beschuldigter zu Js 20/63 GStA Ffm.

2. ~~Schreiben an GStA Ffm. zu Js 20/63~~

~~gem. Fernbl. 3.~~

3. ~~Frist: 15. II. 1965~~

✓ Als H.N. in den Unterlagen
keine Anhaltspunkte, daß der
Betroffene jemals dem NSKK
angehört hat!

B., d. 27. Jan. 1965

g

Vfg.

Zentrale Stelle

12. MAI 1971

Ludwigsburg

1. Urschriftlich mit 1 Personalvorgang

der
Zentralen Stelle
der Landesjustizverwaltungen
z.Hd. von Herrn EStaatsanwalt W a n t e r

714 L u d w i g s b u r g
Schöndorfer Straße 58

unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 12. Oktober 1964
- 10 AR 1310/63 (jetzt VI 415 AR 1310/63) - zur gefälligen
Kenntnisnahme und Rückgabe nach Auswertung übersandt.

Berlin 21, den **5. MAI 1971**
Turmstraße 91

~~Der General~~ Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -
~~In Auftrag~~
[Signature]
Oberstaatsanwalt

2. 2 Monate.

1. Urschriftlich mit 1 Personalvorgang

der Staatsanwaltschaft
~~General~~ Staatsanwalt bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 B e r l i n 21
Turmstraße 91

nach Auswertung der Akten zurückgesandt.

Ludwigsburg, den 13.8.71

[Signature]

ESTA.

2. Hier austragen.

Sch